

Das Rahmenabkommen von Ohrid – neun Jahre danach

In seiner neueren Geschichte stand der Balkan stets unter dem starken Einfluss des Konzepts einer Gleichsetzung von Staat und Nation, was in keiner Weise dem multiethnischen Charakter dieses Raumes gerecht wird. Diese Auffassung stellte das Ergebnis eines gestärkten ethnischen Nationalismus und der Frustrationen ethnischer Gemeinschaften dar, die zusammen in einem Staat lebten. Ethnische Minderheiten fühlten sich marginalisiert und diskriminiert, und ihre Sprache als entscheidend Identität stiftendes Merkmal unterlag Unterdrückungen und Degradierungen. Das Bildungssystem stellte sich vielfach gänzlich exklusiv dar und bot kein Recht auf ein Studium in Minderheitensprachen, obwohl diese mancherorts einen Sprecheranteil von 60 bis 80 Prozent aufwiesen. Sprachen von Minderheiten waren zudem auch nicht Teil des staatlichen Sektors, sodass sich mit der Zeit ein gesellschaftliches Parallelsystem zu entwickeln begann, das das alltägliche Leben, die Bildung, Wirtschaft, soziokulturelle Aktivitäten und das Verlagswesen betraf. Ähnlich stellte sich auch die Situation in der Republik Mazedonien dar, die sich während der Krise im Jahre 2001 am Rande eines ethnischen Bürgerkrieges, vergleichbar jenem im Bosnien und Herzegowina, befand.

Im Unterschied zu Bosnien konnte die mazedonische Krise des Jahres 2001 jedoch durch die Interventionen der internationalen Gemeinschaft (NATO, EU, OSZE, UNO und die USA) und das Vorgehen lokaler Politiker beigelegt werden, sodass eine weitere Segmentierung des Balkans abgewendet wurde. Von noch weitaus größerer Bedeutung war sodann das Vorgehen in der Zeit nach dem Konflikt, in der das Vertrauen zwischen den ethnischen Gruppen wiederhergestellt werden konnte und man ein neues demokratisches staatliches Konzept etablierte. So sei Ende Juli 2001 gemäß einer im Mai 2002 in Brüssel getätigten Äußerung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs George Robertson eine Revision der Verfassung vorgenommen worden. Mit der Aufnahme der Verhandlungen über das Rahmenabkommen von Ohrid und mit dessen letztendlicher Unterzeichnung wurde den Konfliktparteien zu verstehen gegeben, dass „man nicht über irgendwelche territorialen Veränderungen oder eine Teilung Mazedoniens spricht, sondern nur über Verfassungsänderungen“ (Qatifi 2008: 34).

Nach sechsmonatigen intensiven Unterredungen, an denen sich die führenden Exponenten der vier größten Parlamentsparteien gemeinsam mit den Vermittlern der EU und der USA, François Léotard und James Pardew, beteiligten und die vom Präsidenten der Republik Mazedonien Boris Trajkovski koordiniert wurden, kam es am 13. August 2001 zur Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid. In Bezug auf die Ereignisse im seit damals vergangenen Jahrzehnt erheben sich jedoch einige Fragen und Dilemmas: Wird das Ohrider Abkommen seiner Absicht gerecht? Wurde mit dem Abkommen tatsächlich eine Multiethnizität in der Republik Mazedonien begründet? Worin liegen die qualitativen Änderungen in der bürgerlichen Gesellschaft im Lande? Besteht die Gefahr einer Aushöhlung des Geistes des Rahmenabkommens von Ohrid? Welche politischen Akteure und Faktoren obstruieren den Geist des Abkommens? Worin liegen die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung und welche diesbezüglichen positiven und negativen Aspekte lassen sich erkennen?

Der Geist des Rahmenabkommens von Ohrid

Gemäß NATO-Sprecher Mark Leighty stellte das „Ohrider Abkommen einen wesentlichen Meilenstein dar. Den ethnischen Albanern wurden mehr Rechte und eine lokale Selbstverwaltung übertragen, ohne dass dabei die Ganzheit des Staates in Frage

gestellt wurde, und zudem wurden auch die Bedürfnisse der ethnischen Mazedonier berücksichtigt, die sich angesichts ihres neuen nationalen Status empfindlich zeigten“ (Leighty 2009: 54). Bevor im Folgenden eine Analyse der bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid ergeht, soll nachstehend dessen grundlegende Struktur mit ihren zehn Hauptpunkten dargestellt werden:

1. Grundlegende Prinzipien
2. Einstellung der Feindseligkeiten
3. Schaffung einer dezentralisierten Machtstruktur
4. Antidiskriminierung und rechtliche Vertretung
5. Besondere parlamentarische Prozesse
6. Bildung und Sprachgebrauch
7. Ausdruck der Identität
8. Implementierung
9. Annexe und
10. Schlussbestimmungen

Dazu wurden drei Zusatzdokumente verabschiedet, die mit den Bezeichnungen Annex A, Annex B und Annex C versehen wurden.

a) Annex A umfasste Zusatzartikel zur Verfassung (7, 8, 19, 48, 56, 69, 77, 78, 84, 86, 104, 109, 114, 115, 131) und eine Präambel.

b) Annex B betraf Änderungen legislativer Natur, wobei eine Verabschiedung folgender neuer Gesetze vorgesehen war:

- Gesetz für die lokale Selbstverwaltung
- Gesetz für die Finanzierung der Gemeinden
- Gesetz für die territoriale Gliederung
- Polizeigesetz (in den Gemeinden)
- Gesetz für Staatsbedienstete und die öffentliche Verwaltung
- Gesetz für die Wahlkreise
- Geschäftsordnung des Parlaments
- Gesetz für den Gebrauch der albanischen Sprache
- Gesetz für die Staatsanwaltschaft
- Sonstige Gesetze

c) Annex C beinhaltete die konkrete Implementierung und vertrauensbildende Maßnahmen, die sich wie folgt darstellten:

- Internationale Unterstützung
- Wählerevidenz und Wahlen
- Rückkehr der Flüchtlinge, Wiederaufbau und weitere Entwicklung
- Schaffung einer dezentralisierten Machtstruktur

- Antidiskriminierung und proportionale Vertretung
- Kultur, Bildung und Sprachgebrauch

Nach der Unterzeichnung des Abkommens begann die Phase von dessen konkreter Umsetzung, die die Durchführung folgender Schritte vorsah:

- Entwaffnung der Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK)
- Aufnahme der Parlamentsarbeit zur Änderung der Verfassung der Republik Mazedonien
- Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Wohnorte
- Wiederaufbau der während der Kampfhandlungen zerstörten Denkmäler
- Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung auf dem gesamten Staatsgebiet der Republik Mazedonien

Am 14. August 2001 kam es unter der Vermittlung des niederländischen Diplomaten Peter Feith zur Unterzeichnung eines weiteren Abkommens zwischen dem Oberkommandierenden der Nationalen Befreiungsarmee (ONA), Ali Ahmeti, und dem Präsidenten der Republik Mazedonien, Boris Trajkovski, mit dem Fragen einer Amnestierung der Angehörigen der ONA und von deren Entwaffnung geregelt wurden.

Am 26. September 2001 nahm sodann die von der NATO durchgeführte Operation „Essential Harvest“ zur umfassenden Demilitarisierung ein erfolgreiches Ende und zog am 27. September die offizielle Auflösung der ONA nach sich, gefolgt von der Annahme des Beschlusses zur Umsetzung der Amendements IV, V, VI, VII, VIII, IX, X, XI, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVII und XVIII durch das Parlament der Republik Mazedonien (16. November), womit die Verfassungsänderungen Gesetzeskraft erhielten.

Mit dem Amendement IV kam es zu einer Änderung der Verfassungs-Präambel, mit der neben dem mazedonischen Volk auch das albanische und die übrigen ethnischen Gemeinschaften zu konstituierenden Elementen des Staates erhoben wurden.

Amendement V zog eine Änderung von Artikel 7 der Verfassung nach sich, indem die albanische Sprache zur zweiten offiziellen Landessprache proklamiert wurde.

Amendement X legte die Regeln und Kriterien für das Fassen von Parlamentsbeschlüssen fest, wobei festgeschrieben wurde, dass „das Parlament bei Abstimmungen über Gesetze, die direkt die Bereiche Kultur, Sprachgebrauch, Bildung, persönliche Dokumente und Verwendung von Symbolen betreffen, mit einer Stimmenmehrheit der anwesenden Abgeordneten, die auch von Angehörigen von Minderheiten in der Republik Mazedonien gestellt werden müssen, zu entscheiden hat“ (Badinter-Mehrheit; siehe dazu: Ohrider Rahmenabkommen).

Anhand von Amendement XII erfolgte eine Definition des Arbeitsbereiches des Komitees für die Beziehungen zwischen den (ethnischen) Gemeinschaften, dessen insgesamt 19 Mitglieder aus jeweils sieben Angehörigen der mazedonischen und albanischen Seite sowie einem Vertreter der türkischen, serbischen, vlachischen, bosniakischen und der Volksgruppe der Roma zu bestehen hatten.

Mit dem Amendement XVII kam es zu einer Regelung der Befugnisausweitung der lokalen Behörden in unterschiedlichen Bereichen wie etwa in Bezug auf die Stadtentwicklung, die lokale wirtschaftliche Entwicklung, Raumplanung, den Umweltschutz, lokale Finanzierungen, Bildung, Gesundheit u. a.

Mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid konnte letztendlich eine Wiederholung der Fehler des Friedensvertrages von Dayton vermieden werden, da anstelle einer territorialen Segmentierung eine institutionelle, gesellschaftliche und politische Integration trat, die um eine Überwindung der Differenzen bei der Schaffung einer einheitlichen und ungeteilten staatlichen Struktur bemüht war. Das Ziel des Abkommens kann neben der Einstellung der Kampfhandlungen als zumindest dreifaches bezeichnet werden, indem a) die Herstellung eines moderneren und demokratischeren politischen Systems im Lande, b) die Errichtung des Fundamentes für einen funktionellen und multiethnischen Staat und c) die Schaffung eines neuen multiethnischen mazedonischen „Modells“ interethnischer Demokratie angestrebt wurde.

Zweideutigkeiten und Vertrauensdefizite im Abkommen

Seitens der internationalen Akteure und Leader wurde dem Ohrider Rahmenabkommen von allem Anfang an volle Unterstützung zuteil. So ließ NATO-Generalsekretär George Robertson am Tag von dessen Unterzeichnung verlautbaren, dass „das ganze Land stolz auf diesen Tag, auf die Parteien und die erweiterte Koalition sein kann, weil diese ein Abkommen historischer Bedeutung unterzeichneten, das den Eintritt der Republik Mazedonien in das moderne Europa begründet“. Ähnliche wohlwollende Äußerungen wurden auch von Javier Solana (EU), Mircea Geoană (OSZE), vom US-amerikanischen State Department und von anderen in die Bewältigung der Krise des Jahres 2001 involvierten Akteuren getätigt.

Doch bereits bei der Paraphrasierung des Abkommens gaben sowohl die mazedonische als auch die albanische Seite klar zu verstehen, dass die Implementierung dieses Vertragswerkes keinesfalls einen leicht umsetzbaren Akt darstellen würde. Der Journalist John Phillips hielt dazu fest, dass „insgesamt gesehen beide Seiten den Vertrag als unbefriedigend, zugleich aber auch als pragmatisch und notwendig erachteten, wobei sie davon überzeugt sein mussten, dass beide Seiten mit ehrlichen Absichten operieren“ (Phillips 2009: 142). Unzufriedenheit bezüglich der Implementierung des Ohrider Abkommens wurde auch in der Studie „Department of State in International Crisis Group 1001“ des US-State Departments zum Ausdruck gebracht. Dieser Studie zufolge hatten sich im Jahre 2002 zwei Drittel der ethnischen Mazedonier unzufrieden mit dem Rahmenabkommen von Ohrid gezeigt, wogegen es auf albanischer Seite eine 90prozentige Unterstützung genossen hatte. Zwischen 97 und 98 Prozent der Mazedonier sprachen sich gegen die Einführung der Zweisprachigkeit, gegen den Beschluss zur Anerkennung der Albaner als konstituierendes Staatsvolk, gegen die Gründung der Fakultät für die albanische Sprache u. Ä. aus.

Diese Stimmungslage zog auf mazedonischer Seite auch bestimmte politische Konsequenzen für die Unterzeichner und Unterstützer des Abkommens nach sich, die sich in ihren politischen Beliebtheitswerten niederschlugen. So etwa musste der entschiedenste Befürworter des Ohrider Abkommens, der damalige Verteidigungsminister aus den Reihen der Sozialdemokratischen Union für Mazedonien, Vlado Bučkovski, im Zuge der Umsetzung des Gesetzes für Dezentralisierung vor wütenden Bürgern der Stadt Struga, die zu Lynchjustiz aufgerufen hatten, mittels Hubschrauber in Sicherheit gebracht werden, woraufhin er als Verlierer der Parlamentswahlen hervorging. Zu dieser Zeit befanden sich auch die Umfragewerte von Präsident Trajkovski auf einem überaus niedrigen Niveau, wobei die Medien jede seiner politischen Aktionen überaus sarkastisch zu kommentieren wussten.

Im Rahmen der von vielen Seiten massiv vorgebrachten Kritik und der Hinweise auf die Unzulänglichkeiten des Abkommens gilt es im Besonderen auf die Skepsis und das mangelnde Vertrauen auf die jeweils andere Seite zu verweisen. Einige dieser Vertrauensdefizite stehen bis heute der effizienten Implementierung des Vertrages im Wege. Auf mazedonischer Seite gilt es in diesem Zusammenhang besonders auf Kreise zu verweisen, die nationalistischen Strömungen nahe standen und als deren führende Exponenten in den Augen der internationalen Gemeinschaft Ministerpräsident Ljubčo Georgievski mit seiner These über die ethnische Umgestaltung, Außenminister Ljube Boškovski und die Diaspora in Übersee angesehen werden. Für sie stelle das Rahmenabkommen von Ohrid einen „aufgezwungenen Akt und das Eingeständnis einer Niederlage der mazedonischen Seite“ dar und die „UÇK, das Kosovoschutzkorps sowie die albanische Mafia kämpften mithilfe des Rahmenabkommens für neue regionale Verhältnisse auf dem Balkan“ (Macedonian truth forum).

Die mazedonische Diaspora in den USA erachtete das Abkommen als illegal und ungültig, weil es dem mazedonischen Staat ihrer Meinung zufolge seitens des Kosovo und Albaniens aufgezwungen worden wäre. Auch die Vertreter kleinerer Volksgruppen wie etwa der Serben, Türken, Vlachén, Ägypter u. a. begegneten dem Abkommen mit gewissen Reserven, indem sie darauf verwiesen, dass es sich „um ein Abkommen von nur zwei ethnischen Gruppen“ handle. Stellvertretend für diese Haltung sei die Meinung von Đorđi Marjanović, Professor für Strafrecht an der Universität Skopje, angeführt, der festhielt, dass „wenn die Verfassung eines Staates auf Grund des Diktates eines bewaffneten Kampfes geändert wird, der Rechtsstaat kapituliert hat“.

Aber auch die albanische Seite und ihre Politiker bekundeten Zweifel und Kritik am Rahmenabkommen von Ohrid und dessen Umsetzung. Der Vorsitzende der Partei für demokratische Prosperität (PDP), Menduh Thaci, zugleich auch einer der Unterzeichner des Ohrider Vertragswerkes, hob hervor, dass für die Implementierung des Abkommens internationaler Druck erforderlich war und führte Folgendes aus: „Unsere Reaktion ist positiv, aber in der Praxis sind wir weit von dem entfernt, was auf dem Papier von uns unterzeichnet wurde“ (Phillips 2009: 165).

Einem Artikel der in albanischer Sprache erscheinenden Zeitung „Zeri“ vom August 2002 zufolge hätte das Rahmenabkommen von Ohrid ungeachtet der Verbesserung der individuellen und kollektiven Rechte der albanischen Volksgruppe zu keiner Einführung eines grundlegenden ethnischen Konsenses im Rahmen der politischen Zentralmacht geführt. (Iseini/Menaj/Osmani 2008: 176)

Unabhängig von den positiven Auswirkungen kam es im Verlaufe der mittlerweile neunjährigen Geschichte des Ohrider Abkommens immer wieder zu Kritik am Vertragswerk, das, gemäß einer Aussage von Menduh Thaci vom August 2009 „mit der Zeit nichtfunktionell und überholt“ geworden sei. Ähnlich auch die Meinung der Journalistin Mirka Velinovska, eine entschiedene Kritikerin des Rahmenabkommens, wonach alle Unterzeichner politisch mittlerweile nicht mehr maßgeblich wären: Der damalige Präsident Trajkovski sei unter zweifelhaften Umständen ums Leben gekommen; der Vertreter der PDP, Imer Imeri, spurlos verschwunden; Ljubčo Georgievski bulgarischer Staatsbürger geworden und aus dem mazedonischen Blickfeld verschwunden; Arben Xhaferi habe sich zurückgezogen; Branko Crvenkovski sei in einen Quasi-Ruhestand getreten, aus dem er vergeblich in die Politik zurückzukehren versuche und George Robertson, Javier Solana, Robert Frowick, François Léotard und James Pardew haben neue Funktionen übernommen. (Mirka Velinovska in „Nova Makedonija“, 13.8.2009)

Das Abkommen und Ergebnisse, die Hoffnung verleihen

Die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid stellt einen überaus komplexen und polyvalenten Prozess dar. So etwa gab der frühere mazedonische Ministerpräsident Vlado Bučkovski zu verstehen, dass „seine Umsetzung nicht nur die Herstellung von Stabilität im Lande bedeutet, sondern auch die Entwicklung eines demokratischen, sicheren und prosperierenden Mazedonien“ (Mitrevska/Grizold/Bučkovski 2009: 151).

Ein Jahr vor dem Ablauf des ersten Jahrzehnts nach den Konflikten des Jahres 2001 kann die Feststellung getroffen werden, dass Spannungen aus ethnischen Motiven und die Teilung des politischen Lebens entlang der Volksgruppengrenzen noch nicht der Vergangenheit angehören. In der Republik Mazedonien ist man noch immer weit von der Gründung multiethnischer Parteien entfernt, auch wenn der Präsidentschaftskandidat albanischer Nationalität, Asllan Selamni, bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2009 unter den mazedonischen Wählern einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz der Stimmen auf sich verbuchen konnte.

Die innerethnischen Unstimmigkeiten und Spannungen führen nach wie vor zu Provokationen und Ausbrüchen von Gewalt, wie dies etwa während der Parlamentswahlen im Jahre 2008 der Fall war. Im Gegensatz dazu waren die ersten, ein Jahr nach dem Konflikt des Jahres 2001 abgehaltenen Parlamentswahlen ruhig verlaufen und führten dazu, dass die Demokratische Union für Integration (DUI), deren leitende Funktionäre aus den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee mit Ali Ahmeti an der Spitze inzwischen amnestiert worden waren, eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Liga Mazedoniens (SDSM) einging. Weit verbreitet war in dieser Zeit die Meinung, dass diese Wahlen einen wesentlichen Schritt in Richtung demokratischen Fortschritts bedeutet hätten, da Ahmeti als ehemaliger Anführer der Aufständischen nunmehr aktiv am politischen Leben beteiligt war.

Das Parlament beschloss sodann grundlegende Änderungen der Verfassung aus dem Jahre 1991, wobei die größte Zahl der auf Grund des Rahmenabkommen von Ohrid erforderlich gewordenen Gesetzesänderungen in den Jahren 2002 und 2003 vorgenommen wurden. Die ersten Lokalwahlen im Lande wurden im März 2005 abgehalten, und auch der laufend fortgeführte Prozess der Dezentralisierung verlief erfolgreich. Ab 2004 sollte dieser Prozess jedoch in Verzug geraten, da die damals in Opposition stehende Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die mazedonische nationale Einheit (VMRO-DPMNE) den Versuch unternahm, die Politik der Dezentralisierung zu behindern, indem sie das Rahmenabkommen in Frage stellte. Erst eine groß angelegte Kampagne und Anstrengungen sowohl seitens der Regierungskoalition als auch von Seiten internationaler Akteure konnten ein von der Opposition initiiertes Referendum zum Scheitern bringen und auf diese Weise das Abkommen retten.

Auf nationaler Ebene kam es neben den zusehends häufigeren Diskussionen auch zur Schaffung von Kommunikationskanälen und Rahmenbedingungen für einen Dialog zwischen den größten politischen Parteien. Nach den Wahlen von 2006, die für die Koalition von SDSM und DUI mit einer Niederlage endeten, gelangte eine Koalitionsregierung der VMRO-DPMNE und der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) an die Macht, wobei Letztere auf Grund ihres hohen Stimmenanteils eine Beteiligung an der Macht einforderte. Die unterlegene SDSM deutete den Quasi-Automatismus, mit dem die bei der albanischen Bevölkerung siegreiche Partei in die Koalitionsregierung einzog, als Zeichen einer Art Föderalisierung des Staatsapparates.

Auf der anderen Seite verfügte die VMRO über ausreichend Wählerstimmen, um mit der DPA von Menduh Thaci, die ihrerseits geringeren Zuspruch als die DUI erhalten hatte, eine Koalition einzugehen. Das tatsächliche Ansinnen der VMRO-DPMNE lag indes darin, die beiden großen Parteien der albanischen Volksgruppe in eine breite Koalitionsregierung einzubinden, um dadurch die SDSM möglichst zu isolieren. Dem standen jedoch die übermäßigen Forderungen Ali Ahmetis und seiner DUI im Wege, die seitens der regierenden VMRO-DPMNE zurückgewiesen wurden und eine ethnisch motivierte politische Krise bedingten. Zu dieser Zeit zog die DUI vorübergehend aus dem Parlament aus, in das sie aber auf Grund der Interventionen von USA und EU im Verlaufe des Jahres 2007 wieder zurückkehrte. Nach den vorgezogenen Wahlen von 2008 begab sich die DUI schließlich in eine Koalitionsregierung mit der VMRO-DPMNE, während die DPA in Opposition ging. In den damals ausgetragenen Debatten ließ die DUI beharrlich verlauten, dass sie sich, unabhängig davon, welche Partei auch immer bei den kommenden Wahlen den Sieg davontragen würde, stets als Koalitionspartner an der Macht sehen wolle. Diese Vorgangsweise erläutert am ehesten die Deutung der Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid und die politischen Ziele der Vertretung der albanischen Volksgruppe in der Republik Mazedonien. In Summe gesehen sollte die Umsetzung des Rahmenabkommens jedoch bereits ab den Wahlen 2006 positive Ergebnisse zeigen.

Auf der Ebene der Minderheitenrechte und der Bildung ging aus den Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) hervor, dass im Schuljahr 2005/2006 98 Prozent der albanischen Kinder in den Grund- und Mittelschulen Unterricht in ihrer Muttersprache besuchten. Mit der Eröffnung der Südosteuropäischen Universität in Tetovo im Jahre 2001, deren staatlicher Anerkennung 2004 und mit der Aufnahme des Unterrichts in albanischer Sprache an der privaten FON-Universität im Studienjahr 2008/2009 kam es zur Inskription von 10.000 albanischen Studierenden an diesen universitären Bildungseinrichtungen in Mazedonien.

Im Verlaufe des Monats August 2008 wurde das Gesetz über den Gebrauch von Sprachen verabschiedet, die von zumindest 20 Prozent der Bevölkerung gesprochen wurden. Allmählich begann sich auch der Anteil von Angehörigen von Minderheiten in der staatlichen Verwaltung zu erhöhen. War dieser im Jahre 2007 bei 15 Prozent gelegen, so erhöhte er sich Angaben der Agentur für Staatsbedienstete zufolge in den Jahren bis 2010 auf 19 Prozent. Der Anteil von Albanern in Sicherheitsdiensten stieg von drei Prozent 2002 auf 20 im Jahre 2006 und schließlich auf 22 Prozent 2010. Ein ähnliches Ansteigen konnte auch in den anderen Behörden verzeichnet werden, wie etwa im Außenministerium, wo der Anteil der Beamten mit albanischer Muttersprache bei 24 Prozent lag, und auch im Gerichtsrat nahm sich der Vertretung der Minderheiten mit sechs von 15 Angehörigen hoch aus.

Der Kandidatenstatus der Republik Mazedonien für einen Beitritt zu EU und NATO erleichtert die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid, indem die Option von euroatlantischer Integration und Mitgliedschaft durch die Ausarbeitung von Aktionsplänen unter Beobachtung und in Synergie mit NATO und EU an die Umsetzung des Abkommens gekoppelt wurde. In dieser Hinsicht führt das gemeinsame Ziel von Albanern und Mazedoniern zu einer Intensivierung der Implementierung des Rahmenabkommens, das sich dadurch als einigender gesellschaftlicher Faktor erweist. Dies wird auch durch europäische Politiker bestätigt. In seiner Rede im mazedonischen Parlament mit dem Titel „Das Rahmenabkommen von Ohrid – der Weg nach Europa“ hob EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn Folgendes hervor: „Die Republik Mazedonien ist auf dem Weg ein Modell für die Region zu werden und muss dabei auf die volle

Unterstützung der EU zählen können“ (EU-Newsletter, Nr. 1/2007). Die darauf folgenden negativen Erfahrungen beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008, als wegen des Streits um den Staatsnamen mit Griechenland die Aufnahme Mazedoniens in das Verteidigungsbündnis verhindert wurde, wie auch die Verzögerungen bei der Festlegung eines Datums für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU führten indes zu Entmutigung und schwindender Motivation zur Umsetzung des Rahmenabkommens und stellen letztendlich sogar das mühsam errungene interethnische Gleichgewicht in Mazedonien in Frage. So etwa hielt Kejti Pejntin vom Institut für Untersuchungen zur öffentlichen Politik mit Recht fest, dass die mazedonische Erfolgsgeschichte unter der Last des Konfliktes mit Griechenland wegen der Namensfrage zerbrechen könnte, weil dieser die Stabilität des Landes auf eine harte Probe stellt. Nach dem Bukarester NATO-Gipfel, auf dem Griechenland mit einem Veto den Beitritt Mazedoniens in die Allianz blockierte, hätten die politischen Spannungen zwischen Albanern und Mazedoniern erheblich zugenommen. (Pejntin 2009: 65)

Hindernisse und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid

Auf Grundlage der bisher getätigten Ausführungen kann festgehalten werden, dass das Rahmenabkommen von Ohrid nicht nur ein Vertragswerk zwischen zwei Seiten, sondern darüber hinaus einen komplexen und polyvalenten Prozess darstellt, der zahlreiche quantifizierende Parameter zur Verbesserung der Lage der ethnischen Gruppen impliziert. Er ist das Produkt der Wechselbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, und zwar unter Bedingungen, bei denen die Outputs der Gesellschaft auf die Ausgestaltung des Staates Einfluss nahmen, der seinerseits der Gesellschaft ein entsprechendes Feedback in Richtung Demokratisierung und Integration bot.

Das Rahmenabkommen von Ohrid stellt eine qualitative Methode zur Entwicklung einer multiethnischen Demokratie und zur Fortführung des Aufbaus der gemischtethnischen mazedonischen Bevölkerung in Richtung einer bürgerlichen Gesellschaft dar. Auf diese Weise handelt es sich beim Abkommen um einen langfristigen Prozess, dessen Realisierung sowohl von der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung des Staates als auch von der Geschwindigkeit von dessen euroatlantischen Integration abhängig ist.

Ausgehend von den bereits erwähnten Rahmenbedingungen kann die Feststellung getroffen werden, dass die Intensität der Umsetzung des Rahmenabkommens in hohem Maße durch die sich an der Macht befindenden politischen Kreise, durch die Haltung des jeweiligen albanischen Koalitionspartners und durch den Druck der internationalen Gemeinschaft bedingt ist. Seit 2006 befindet sich die Macht in der Republik Mazedonien in den Händen der rechtsgerichteten VMRO-DPMNE, die noch unter ihrer früheren Führung entschlossen gegen das Abkommen und gegen zu große Kompromisse gegenüber Griechenland bei der Frage der Lösung des Streites über den Staatsnamen auftrat. Dank des letztgenannten Themas und eines starken Populismus ging die VMRO-DPMNE aus den letzten, außerordentlichen Parlamentswahlen im Jahre 2008 mit noch größerem Vorsprung auf die SDSM und mit absoluter Stimmenmehrheit als klarer Sieger hervor. Dadurch war es der Partei möglich, sich ihren Koalitionspartner auf albanischer Seite auszusuchen, ohne dabei allzu sehr an ihre Wähler und die Folgen für die Umsetzung des Rahmenabkommens denken zu müssen. Mit dem Amtsantritt des bei den Wahlen 2009 siegreichen Präsidenten Đorđe Ivanov, der sich bereits in den Tagen seiner intellektuellen Betätigung als hartnäckiger Gegner des Rahmenabkommens erwiesen hatte, begannen sich die führenden

Exponenten der regierenden VMRO-DPMNE und auch anderer staatlicher Institutionen diskret oder offen gegen die Umsetzung des Vertragswerkes auszusprechen.

Analysen zur Implementierung des Abkommens zeigen, dass die Republik Mazedonien mit der Unterzeichnung dieses Dokuments einen großen Schritt in Richtung weitere Demokratisierung, höhere Sicherheit und euroatlantische Integration tätigte. Dabei ist jedoch evident, dass die Gesellschaft der Republik Mazedonien noch immer keinen wahrhaftigen und ausgewogenen Charakter von Multiethnizität erlangen konnte. Denn obwohl die Zahl der Künstler, Wissenschaftler, Geschäftsleute, Professoren und Finanzfachleute laufend ansteigt, kann von einer qualitativen und quantitativen Gleichartigkeit der Gesellschaft noch keine Rede sein. Einigen albanischen Analytikern wie etwa Rizvan Sulejmani zufolge stellt das Rahmenabkommen von Ohrid eine Art von Philosophie dar, die der multiethnischen mazedonischen Gesellschaft hinsichtlich der gleichrangigen Vertretung von Albanern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine neue Philosophie verleihen soll. Tatsächlich jedoch sind Albaner in manchen Sektoren gar nicht vertreten.

Vielmehr sind die laufend durchgeführten Verhandlungen der albanischen Parteien bezüglich der Einhaltung der Beschäftigungsquoten von Albanern im öffentlichen Dienst eher auf ein pragmatisches Beharren auf Zahlen und prozentuelle Beteiligungen zurückzuführen als auf die Qualität und den Geist des Abkommens. Dies geht sogar wie etwa im Falle der jüngst erfolgten 750 Einstellungen von Angehörigen der albanischen Volksgruppe so weit, dass zwar deren Löhne ausbezahlt werden, ein Erscheinen der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz jedoch nicht erwünscht ist. Diese Vorgangsweise erinnert eher an soziale Hilfeleistungen denn an aktive Beschäftigungspolitik. Die neuen Arbeitnehmer werden angehalten, anstatt an ihren Arbeitsstätten zu erscheinen, passiv zuhause zu verweilen und am Monatsbeginn ihre Löhne in Empfang zu nehmen. Dadurch wird ohne Zweifel eine Aushöhlung des Rahmenabkommens von Ohrid vorgenommen, da in den Augen der Albaner nunmehr „anstelle der fähigsten die loyalsten Parteimitglieder Anstellungen finden“. Auf diese Weise führt der Kampf um Wählerstimmen zu einer künstlichen Vermehrung von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung, sodass Mazedonien bei einer Bevölkerungszahl von zwei Millionen Einwohnern über 80.000 Beschäftigte im Verwaltungsapparat verfügt. Bei der mazedonischen Bevölkerung entsteht dadurch der Eindruck, dass die parteipolitisch bedingte und von einem Mangel an „qualifizierten und fähigen Personallösungen“ kündende Beschäftigung von Albanern davon zeugt, dass man diesen „keine wichtigen Arbeitsressorts übertragen“ könne.

Eine Analyse dieser Aspekte lässt somit die Schlussfolgerung zu, dass die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid einen unaufhaltsamen Prozess darstellt, der von Zeit zu Zeit verzögert, behindert, doch niemals zur Gänze blockiert werden kann. In dieser Hinsicht können auch die hier angeführten Bemerkungen betreffend die einzelnen Akteure dahingehend strukturiert werden, dass zwischen jenen, die die gesamte Implementierung obstruieren (die albanischen Parteien DUI, DPA, Demokracia e Re und die Oppositionsparteien SDSM, Liberaldemokratische Partei – LDP) und jenen, die das Rahmenabkommen als Entgegenkommen an die Albaner erachten, differenziert wird. Zu letztgenannter Gruppe zählt die VMRO-DPMNE mit dem aus ihren Reihen stammenden Staatspräsidenten. Die politische Rechte macht heute kein Hehl mehr daraus, dass sie den Glauben an das Rahmenabkommen von Ohrid verloren hat und sie sich für das Vertragswerk nur mehr dann einsetzt, wenn Druck von außen oder von Seiten Ali Ahmetis kommt. (Utrinski Vesnik, 6.8.2010)

In Bezug auf ein Umgehen oder Aushöhlen der aus dem Rahmenabkommen erwachsenden Bestimmungen und Verpflichtungen kann darauf verwiesen werden, dass es einige Elemente gibt, die im Vertragswerk zwar nicht explizit ausformuliert sind, aber dennoch klar und deutlich dem Geist des Abkommens entsprechen. In diesem Lichte ist auch das Bemühen der albanischen Parteien um eine Steigerung des Vertrauens zwischen den ethnischen Gruppen zu sehen, da eine Kooperation zwischen den Parteien ein wesentliches Element bei der Umsetzung des Rahmenabkommens darstellt.

Einer der wesentlichen Aspekte bei der Implementierung des Abkommens betrifft die finanziellen Mittel, die der Staat im Rahmen seines Budgets für dieses zur Verfügung stellt. Die ersten Erfahrungen zeigten, dass der Staatshaushalt des Jahres 2003 ohne Berücksichtigung der Kosten für das Rahmenabkommen verabschiedet wurde. Auch in den darauf folgenden Jahren wurde den Ausgaben für die Vertragsumsetzung keine größere Bedeutung beigemessen, wiewohl die finanzielle Dimension der Kosten des Abkommens sehr wohl erörtert wurde. So etwa verwies der mazedonische Präsident Đorge Ivanov unlängst darauf, dass „das Rahmenabkommen von Ohrid ein teures Projekt ist, für dessen Realisierung 8000 Euro des Bruttonationalprodukts pro Bürger der Republik Mazedonien erforderlich sind“ (13.8.2010. Siehe dazu den Artikel von Sonja Kramarska „Ivanov und das Rahmenabkommen: Ist er dafür oder dagegen?“. In: Utrinski vesnik, 16.8.2010). Zur gleichen Zeit stellte der Staat im Rahmen des Projektes „Skopje 2014“ rund 300 Millionen Euro für die architektonische Neu- und Umgestaltung der mazedonischen Hauptstadt zur Verfügung, wodurch ein weiteres Mal die These Bestätigung findet, dass die sich die aktuelle Staatsführung nicht der elementaren Bedeutung des Rahmenabkommens von Ohrid zur Bewahrung des Friedens im multiethnischen Mazedonien bewusst ist.

In dieser Hinsicht gilt es auf das unter albanischen Analytikern immer noch anzutreffende Gefühl hinzuweisen, wonach im Unterschied zur institutionellen und finanziellen Rehabilitation der mazedonischen Kriegsoffer eine gänzliche Verdrängung und Marginalisierung der Opfer auf albanischer Seite erfolge. Dabei handle es sich um ein Ergebnis der staatlichen Parallelstrukturen. Weit verbreitet sei in Mazedonien die Meinung, dass „im Jahre 2001 gerade die Albaner den Konflikt lostraten und deshalb sie die Kosten zu tragen haben, wobei auch die Tatsache, dass im Unterschied zu den mazedonischen Verteidigern, die das Land vor den albanischen Aufständischen schützten, die Kämpfer der Nationalen Befreiungsarmee kein Anrecht auf Pensionen oder Kompensationen haben, als gerechtfertigt angesehen wird“.

Im Bereich der sozialen Absicherung kann darauf verwiesen werden, dass ungeachtet der Aussagen und Versprechungen albanischer Politiker rund 15.000 albanischen Familien die Sozialhilfe auf Grund strenger Vergabekriterien gestrichen wurde.

Es kann die allgemeine Feststellung getroffen werden, dass vor allem in Bezug auf die Beschäftigung und die Aufstiegsmöglichkeiten höherer Beamten und Funktionäre in den Bereichen Militär, Polizei u. a. nur geringe Fortschritte erzielt werden und Albaner stark unterrepräsentiert sind. Besonders deutlich zeigt sich dies im Verteidigungsministerium, wo das Amt des Ministers, das von dessen Stellvertreter und das des Staatssekretärs allesamt von Mazedoniern bekleidet werden. Aber auch die darunter angesiedelten Hierarchien dieses Ministeriums zeigen ein ähnliches Bild, indem die Ämter der elf Ministerialräte, zwei von drei Direktorenstellen (eine ist vakant) durchwegs mit Mazedoniern besetzt sind und nur einer von zwölf Ministeriumssektoren von einem Albaner geleitet wird. In der Armee ist der Generalstabschef Mazedonier,

sein Stellvertreter Albaner, der Direktor der Generalstabes Mazedonier, und die Sektionen von G-1 bis G-8, die Aufgabenbereiche wie Aufklärung, Gegenaufklärung, Logistik u. a. umfassen, werden ausschließlich von Mazedoniern geleitet. Im vereinigten Einsatzkommando befinden sich die Funktionen des Kommandanten, von dessen Stellvertreter und des Stabschefs zur Gänze in den Händen von Mazedoniern, und unter den insgesamt 30 Angehörigen unterschiedlicher, international operierender Stäbe (Kontakte zur NATO, Militärattaché, Verbindungsoffizier u. a.) finden sich bloß zwei Albaner. Seit 2005 wurde kein einziger hochrangiger Offizier albanischer Volkszugehörigkeit an das War College der US-Streitkräfte entsandt, obwohl Mazedonien alljährlich sieben vertraglich gesicherte Ausbildungsplätze zustehen.

In Bezug auf die Umsetzung bzw. Umgehung des Rahmenabkommens von Ohrid sei weiters auf die nur langsam vor sich gehende Transformation von Befugnissen der Zentralverwaltung auf lokale Behörden wie auch auf die Nichterfüllung von zwei Annexen des Vertragswerkes hingewiesen, die trotz ihrer Beschließung immer noch auf ihre praktische Umsetzung warten. Dabei geht es um den Gebrauch der albanischen Sprache, der Flagge von nationalen Symbolen u. Ä. Aber auch Annex C des Rahmenabkommens, der die Herstellung von Vertrauen zwischen den ethnischen Gruppen mittels umfassender Investitionen in den vom Konflikt betroffenen Regionen vorsieht, harrt seiner konkreten Realisierung.

Im Zuge der Ausarbeitung des Rahmenabkommens war dessen allumfassende Implementierung bis zum Jahre 2004 vorgesehen, doch auch mit Ende 2010 ist dieser Prozess noch immer weit von seinem Abschluss entfernt. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass das Hauptaugenmerk eher der Erfüllung der quantitativen Parameter als qualitativen Lösungsversuchen gilt. So sei zum Beispiel wiederum auf jene 750 Albaner in der staatlichen Verwaltung verwiesen, die entgegen dem Geist des Abkommens indirekt an der Ausübung ihrer Tätigkeiten gehindert werden und stattdessen zuhause weiland ihren monatlichen Lohn im Empfang nehmen. Im Jänner 2007 wandte sich im Rahmen der feierlichen Ablegung des Eides für Staatsbedienstete der für die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid zuständige stellvertretende Regierungschef Imer Selmani mit folgenden Worten an die neu eingestellten Albaner: „Ihre Arbeit in den staatlichen Institutionen wird eine leichtere und bessere Kommunikation zwischen den Institutionen und Bürgern ermöglichen.“ Indem sie jedoch ihre Zeit in der Regel zuhause anstatt an ihrem Arbeitsplatz verbringen, wird sich diese an die neuen Staatsbediensteten gerichtete Botschaft als unerfüllbar erweisen. Gerade auch aus Gründen dieser Art entwickelte sich das Abkommen zusehends zu einem trennenden Faktor zwischen den albanischen Parteien einer- (so etwa boykottiert die DPA die Parlamentsarbeit und wurde zum größten Kritiker des Abkommens, dessen Revidierung sie fordert) und den albanischen und mazedonischen Parteien andererseits. Als Initiative sei auf das so genannte „Maiabkommen“ verwiesen, das im Mai 2009 vom Vorsitzenden der DUI, Ali Ahmeti, und von Ministerpräsident Nikola Gruevski unterzeichnet wurde und im Rahmen dessen nicht im Rahmenabkommen enthaltene Fragen erörtert werden, wodurch die Bedeutung von dessen Implementierung geschmälert wird. Das Abkommen verliert seinen guten Ruf und seine Bedeutung für die Lösung des Konfliktes aus dem Jahre 2001, worauf Anfang 2007 auch seitens des EU-Erweiterungskommissars Olli Rehn hingewiesen wurde: „Der Geist des Rahmenabkommens von Ohrid muss unbedingt von allen Seiten in der Republik Mazedonien gewahrt werden“ (EU-Newsletter, Nr. 1/2007).

Bis heute trifft man in Mazedonien auf großes Misstrauen und Vorbehalte zwischen der albanischen und der mazedonischen Volksgruppe. Die beiden ethnischen

Gruppen sind geographisch, politisch, sprachlich und kulturell getrennt und leben de facto in Parallelwelten, zwischen denen es nur wenige Berührungspunkte und Möglichkeiten zur Interaktion gibt. Mythen und Stereotype über die jeweils andere Seite sind nach wie vor präsent, wodurch Misstrauen und Teilung kaum zu überwinden scheinen und sich zum Teil sogar verfestigen. So etwa liegt die Zahl der interethnischen Ehen bei einem minimalen Wert von 0,53 Prozent. Auch in der Schulbildung können vermehrte Segregationen ausgemacht werden, indem in den größeren Städten mit gemischtethnischer Bevölkerung Kinder ihren Unterricht zu verschiedenen Zeiten oder, wie dies in der Stadt Kumanovo der Fall ist, sogar in unterschiedlichen Gebäuden erhalten. Dadurch bedingt gereichen Maßnahmen im Bildungssektor oftmals nur einer der beiden ethnischen Gruppen zum Vorteil, anstatt zu einer langfristig angelegten Verbesserungsstrategie für das Bildungswesen in der Republik Mazedonien beizutragen. Als beunruhigend kann auch der Umstand angesehen werden, dass die Zahl der ethnisch bedingten Zwischenfälle in den Schulen in den letzten beiden Jahren ein ständiges Wachstum verzeichnete.

Anstelle einer Schlussfolgerung: einige allgemeine Feststellungen

Auf Grundlage des zuvor Dargelegten seien folgende Schlussfolgerungen getroffen:

- Beim Aufbau einer multiethnischen Demokratie in der Republik Mazedonien gibt es zum Rahmenabkommen von Ohrid keinerlei Alternative. Seine Ausarbeitung und Verabschiedung war das Ergebnis der spezifischen und komplexen Beziehungen zwischen den Volksgruppen Mazedoniens im Jahre 2001 und der besonderen Wechselwirkungen zwischen Staat und Gesellschaft, die die Grundlagen für das Entstehen des „Geistes des Rahmenabkommens von Ohrid“ bildeten.

- Bei der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid handelt es sich um einen komplexen und hinsichtlich Umfang und Intensität tiefen gesellschaftspolitischen und sozialkulturellen Prozess. Aus diesem Grunde erfolgt seine Implementierung in Etappen, nichtlinear und unregelmäßig, wobei jedoch die Wahrung des Geistes von Ohrid als wichtigster Faktor anzusehen ist.

- Die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid trieb einen Keil in die Beziehungen zwischen den albanischen politischen Parteien einer- und den albanischen und mazedonischen Parteien andererseits. Gerade das Beharren auf Zahlen und quotengerechten Neueinstellungen in der staatlichen Verwaltung rückt den quantitativen Aspekt in den Vordergrund, während der qualitative zu geringe Beachtung findet. Für die Koalitionsparteien waren und sind stets die Zahl der Einstellungen und die Parteiloyalität vorrangig, wodurch sich fähigen albanischen Fachkräften mit falschem politischem Hintergrund keine Möglichkeiten einer staatlichen Anstellung bieten.

- Die Verzögerungen bei der Implementierung des Abkommens, die bis 2004 hätte abgeschlossen sein sollen, haben mehrere Gründe. Manche neueingestellten Albaner erscheinen nicht an ihren Arbeitsplätzen und erhalten dennoch ihren Lohn, in den Ministerien wurde der Prozess der Aufnahme und Weiterbildung neuer, gut qualifizierter Arbeitskräfte gestoppt, und diverse tagespolitische Ereignisse ziehen ein Unterzeichnen von fragwürdigen Abkommen und Verträgen nach sich, die dem Geist des Abkommens abträglich sind.

- Die regierende Rechtspartei VMRO-DPMNE, die den Präsidenten und den Ministerpräsidenten stellt, erweist sich als keine Fürsprecherin des Abkommens. Ihre wechselnde Einstellung gegenüber dessen Implementierung ist in erster Linie das

Resultat eines politischen Spiels und weniger der ernsthafte Versuch der Entwicklung einer multiethnischen Demokratie in der Republik Mazedonien.

– Ein Abweichen oder Lossagen vom Geist des Abkommens kann zu Spannungen in den interethnischen Beziehungen und schwerwiegenden Problemen führen, wenn diese mit der schlechter werdenden sozioökonomischen Lage im Land einhergehen.

– Die Blockade der euroatlantischen Integration auf Grund des Namensstreites mit Athen und des wachsenden Nationalismus in Mazedonien als Ergebnis des Populismus seitens der VMRO-DPMNE schadet dem Geist des Abkommens.

Es besteht kein Zweifel daran, dass das Rahmenabkommen von Ohrid die einzig mögliche Lösung der ethnisch bedingten und im Jahre 2001 in der Republik Mazedonien ausgebrochenen Krise darstellte, indem es die Einführung eines spezifisch mazedonischen Modells einer multiethnischen Gesellschaft vorsah, die auf eine Integration anstelle einer Assimilation der ethnischen Gemeinschaften abzielte. Das Ohrider Abkommen ist weniger für die mazedonische einer- oder albanische Seite andererseits, sondern vielmehr für den mazedonischen Gesamtstaat von elementarer Bedeutung, wobei außer Zweifel steht, dass die Zukunft Mazedoniens eng an die lückenlose Umsetzung dieses Vertragswerkes gekoppelt ist.

Literatur

Abiodun 2000: Williams, Abiodun. *Preventing War: The United Nations and Macedonia*. Lanham: Rowman and Littlefield. 118 S.

Iseini/Menaj/Osmani 2008: Iseini, Mair; Menaj, Petrit; Osmani, Rufi. *Izbor na tekstovi za konfliktot od 2001 g.* Skopje: Fondacija Institut otvoreno opštество Makedonija (im Folgenden: FIOOM). 189 S.

Iseni 2008: Iseni, Bashkim. *La question nationale en Europe du Sud-est. Genèse, émergence et développement de l'identité nationale albanaise au Kosovo et en Macédoine*. Bern: Peter Lang. 386 S.

Ismanovska 2008: Ismanovska, Sandra. *Konfliktot vo Republika Makedonija 2001: terorizam ili borba za prava?* Skopje: FIOOM. 76 S.

Latifi 2003: Latifi, Veton. *Macedonian unfinished crisis: Challenges in the process of Democratization and stabilization*. Skopje: Konrad-Adenauer-Stiftung. 250 S.

Leighty 2009: Leighty, Mark. Preventing war in Macedonia. Pre-Emptive Diplomacy for the 21st century. In: www.rusi.org. Sprečuvanje na vojnata vo Makedonija. Skopje: FIOOM. 113 S.

Macedonian truth forum. In: <http://www.macedoniantruth.org>.

Mitrevska/Grizold/Bučkovski 2009: Mitrevska, Marina; Grizold, Anton; Bučkovski, Vlado. *Prevenција i menadžiranje na konflikti – slučaj Makedonija*. Skopje: FIOOM. 240 S.

Ohrider Rahmenabkommen In: http://faq.macedonia.org/politics/framework_%20agreement.pdf.

Pejntin 2009: Pejntin, Kejti. *Konfliktni sostojbi – studija na nastanot, prečuvanje na sudiroi vo Republika Makedonija*. Skopje: FIOOM – IPPR. 78 S.

Phillips 2009: Phillips, John. *Makedonija. Gospodari na vojnata i buntovnici na Balkanot*. Skopje: FIOOM. 232 S.

Qatifi 2008: Qatifi, Veton. *Pregovotite za postiganje na ohridskiot dogovor*. Skopje: FIOOM. 200 S.

Reka: Reka, Armend. The Ohrid Agreement: The Travails of Inter-ethnic. Relations in Macedonia. In: <http://njinjnj.transantional.org>.

Rexhepi 2007: Rexhepi, Zekirja. *Opšttestveno-političkite nastani kaj albancite vo Makedonija 1990–2001*. Tetovo: ARS. 208 S.

Utrinski vesnik. In: www.utrinski.com.mk.